



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/94

9. August 1949

## Europa-Rat und Saarfrage .....

sp. Der französische Aussenminister hat vor kurzem seinem englischen Kollegen den Vorschlag gemacht, dem Saargebiet solle im Europa-Rat, der gegenwärtig zum ersten Mal in Strassburg tagt, eine Vertretung zugestimmt werden. Bavin hat offenbar gegen diesen Plan Bedenken gehabt und anscheinend ist er zunächst verschoben worden. Aufgeschoben ist jedoch nicht aufgehoben. Man tut deshalb gut, in dieser Frage, der für die Zukunft des europäischen Gemeinwesens grosse Bedeutung zukommen dürfte, klar zu sehen. Das gilt umso mehr, als die französische Regierung anscheinend den Gedanken erwägt, die Einladung an Westdeutschland, seinerseits dem Europa-Rat beizutreten, von der vorherigen Zulassung des Saargebietes abhängig zu machen.

Es ist zunächst festzustellen, dass die vom französischen Aussenminister vorgebrachte Anregung nicht etwa zu einer selbständigen Vertretung des Saargebietes im Europa-Rat führen könnte. Herr Schuman hat zwar erklärt, das Saargebiet erfülle heute bereits die juristischen Voraussetzungen für solche Zulassung, nämlich "eine Regierung und ein demokratisch gewähltes Parlament". Das Europa-Statut bestimmt jedoch, dass Mitglieder "europäische Staaten" sein müssen. Das Saargebiet ist kein Staat. Die rechtliche Voraussetzung für eine Zulassung des Saargebietes zum Europa-Rat ist daher ebenso wenig gegeben wie das bei Nordirland oder Algier der Fall wäre.

Zudem hat die 1947, übrigens in kaum einwandfrei demokratischer Weise, dem Saargebiet gegebene Verfassung die Wahrnehmung der aussenpolitischen Beziehungen des Saargebietes Frankreich übertragen. Würde also der Europa-Rat dem Saargebiet eine Vertretung zubilligen, so läge sie tatsächlich bei Frankreich. Das Saargebiet würde im Rahmen der französischen Delegation zum Europa-Rat seine Vertretung finden, es würde als ein Teil des französischen Hoheitsgebietes in Erscheinung treten. Das wäre etwas ganz anderes, als die saarländische Regierung die Saarländer glauben machen will, wenn sie ihnen die Sache so darstellt, als ob das Saargebiet durch seine Zulassung in Strassburg seine politische Selbständigkeit erlangen werde, die von Frankreich wie vom Saargebiet "hehrlich gewollt" sei.

Es gibt jedoch noch eine andere Seite der Sache. Das Saargebiet ist zwar unter Billigung der USA und Grossbritannien wirtschaftlich an Frankreich angeschlossen worden - es ist jedoch nicht aus dem poli-

tischen Verband Deutschlands ausgegliedert. Völkerrechtlich-politisch ist das Saargebiet nach wie vor ein Bestandteil Deutschlands, und zwar ein Teil westdeutschlands. Auch die Autonomie des Saargebiets liegt im Rahmen Deutschlands. Über ganz Deutschland aber übt der Alliierte Kontrollrat der vier Besatzungsmächte treuhänderisch die Souveränität aus, solange keine handlungsfähige deutsche Regierung besteht. Einseitige Änderungen wären rechtlich ohne Wirksamkeit. Dieser Grundsatz gilt für die westlichen Grenzen Deutschlands nicht weniger als für die östlichen, für das Saargebiet nicht weniger als für die Oder-Neisse-Linie. Er steht im übrigen in voller Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen, die geltendes Völkerrecht ist und ausdrücklich den Grundsatz demokratischer Selbstbestimmung festlegt.

Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, dass schon die englische Regierung dem französischen Vorschlag wenig Entgegenkommen zeigte - liefe er doch darauf hinaus, den zehn Mitglied-Staaten des Europa-Rates zuzumuten, dass sie sich über diese völkerrechtlich gültigen Tatbestände hinwegsetzen sollten. Ausserdem würde man damit von ihnen verlangen, den Alliierten Kontrollrat zu veranlassen, gegen seine treuhänderischen Aufgaben in Deutschland zu verstossen.

Es wäre gut, wenn die französische Regierung nach dieser Erfahrung sich endlich dem Einfluss gaullistischer Ausdehnungspläne entzöge und ihre Bemühungen ganz eindeutig dem Aufbau eines gemeinsamen Europa zuwendete. Erscheinungen wie die skizzierte französische Saarkonzeption, können solchem Bestreben nur schaden.

#### ----- Spiegelbild der SPD -----

sp. Das Durchschnittsalter der insgesamt 382 sozialdemokratischen Kandidaten - die Zahl hat sich gegenüber der ursprünglichen Aufstellung um drei vermindert - liegt bei etwas über 49 Jahren. Am stärksten sind die Gruppen zwischen 40 und 50 Jahren mit 137, zwischen 50 und 60 Jahren mit 143 Kandidaten vertreten. Über 60 Jahre sind 47 Kandidaten, zwischen 30 und 40 Jahren 41 und unter 30 Jahren 14. Der jüngste Kandidat ist Volkmar Gabert aus München, der 1923 geboren ist.

Die berufsmässige Gliederung ergibt ein besonders buntes Bild entsprechend der breiten soziologischen Basis der modernen Sozialdemokratie. 75 Kandidaten geben einen Arbeiter- oder Handwerkerberuf an, 163 sind Angestellte, 38 Beamte, 67 Angehörige freier und 39 sonstiger Berufe. Bei dieser Aufstellung muss man ausserdem berücksichtigen, dass sehr viele Kandidaten zwar aus Arbeiter- und Handwerkerberufen kommen, im Laufe der Jahre aber in andere Berufsgruppen hinüberwechselten, was häufig auch mit ihrer politischen Laufbahn zusammenhängt.

An weiteren generellen Anzeichen der sozialdemokratischen Kandidaten ist die Zahl der Flüchtlinge bemerkenswert, die 60 beträgt, zu denen noch acht politisch Verfolgte aus der Ostzone kommen. Frauen kandidieren 51. In einer Gewerkschaft organisiert sind 269, von denen 98 eine gewerkschaftliche Funktion haben. Die konfessionelle Gliederung ergibt 113 evangelische, 57 katholische, 43 freireligiöse und 149 Kandidaten, bei denen eine besondere Angabe über Konfession oder Religionszugehörigkeit fehlt. Ausserdem ist ein Jude aufgeführt.

Die Zahl der anerkannten Opfer des Faschismus beträgt 201, die der Kriegsschädigten 45, die der Rentner 11, die der Haus- und Grundbesitzer 88.

(m/1/98/he)

Militärische Vorbereitungen in Polen  
Von unserem A.W.-Mitarbeiter für Ostfragen

In Polen geschehen seltsame Dinge, die fast nur durch Nebenerscheinungen und Wirkungen, die sie auslösen, bekannt werden und auch das noch sehr unzureichend. Es sind das die militärischen Vorbereitungen, die sich offensichtlich in erster Linie auf den Ausbau Polens als Durch- und Aufmarschgebiet erstrecken. Alle bisher vernachlässigten Flugplätze werden ausgebaut, Strassen in Ost-West-Richtung in verstärkter Masse in Stand gesetzt und auch für schwerste Fahrzeuge passierbar gemacht. Das Eisenbahnnetz in gleicher Richtung wird verstärkt. Besondere Bedeutung haben in diesem Zusammenhang die Brücken über die Weichsel erlangt, für die sich sogar Molotow bei seinem letzten Warschau-Besuch interessierte. Man hört viel vom Bau von Kasernen und dem Ankauf und der Einlagerung von militärischen Nachschubgütern.

Für den Ausbau der polnischen Wehrmacht und der eigenen Rüstungsindustrie geschieht dagegen sehr wenig, nur soviel, wie von Moskau aus überwacht werden kann. Die Sowjets sind sehr misstrauisch allen Satellitenarmeen gegenüber, weil sie diese mit Recht für eine Zufluchtsstätte nationaler Ideen halten. Die polnische Armee hat daher nur eine Stärke von 165 000 Mann. Von den 15 000 Offizieren sind mindestens 2 500 Russen. Sie sitzen in allen höheren Stäben und sind auf die Verbände und Truppenteile bis herunter zu den Regimentern verteilt. Neuerdings wird ein Teil des Offiziersnachwuchses überhaupt in der SU ausgebildet. Die Rüstungsindustrie Polens ist auf die Herstellung von Handfeuerwaffen, Panzerabwehrgeschützen und handelsüblichen Fahrzeugen und Geräten beschränkt. Schwere Geschütze und Panzer werden aus der Sowjetunion zugeteilt, während leichte gepanzerte Fahrzeuge die Tschechoslowakei liefert.

Eine Entlastung ergibt sich dadurch für die polnische Industrie und das Menschenpotential aber keineswegs. Denn die Waffen müssen durch Gütertausch bezahlt werden. Und die polnische Jugend dient, wenn nicht mit der Waffe, so mit der Schippe in der Hand, um die von den Sowjets geforderten strategischen Bauten rechtzeitig fertigzustellen. Immer neue Arbeitsbrigaden werden dafür eingesetzt. Bei der Priorität, die diesen Arbeiten eingeräumt werden muss, hat die polnische Wirtschaft das Nachsehen, und das ist nicht unbekannt geblieben. In weiten Kreisen wächst die Unzufriedenheit über eine derartige Ausbeutung der polnischen Arbeitskraft. Der durch all diese Tatsachen entstandenen Spannung und Misstimmung ein Ventil zu schaffen, war auch die Aufgabe des Doboszynski-Prozesses, der kürzlich mit der Verurteilung des Angeklagten zum Tode einiges Aufsehen erregte. Der Prozess und sein Ausgang sollten jedem Polen wieder einmal eindringlich vor Augen führen, wie wichtig die sowjetische Freundschaft für Polen sei, dass militärische Massnahmen dringend notwendig seien, weil man den Westmächten nicht trauen könne, die auch jetzt immer wieder versuchen, "über ihre Agenten einen Keil in die Freundschaft mit der SU zu treiben". Parallel zu einer derartigen "Aufklärung" des polnischen Volkes läuft folgerichtig eine grosse Propaganda-Aktion, über alles, was mit militärischen Dingen zu tun hat, strengstes Stillschweigen zu bewahren.

Antwort an Amerika

KRX Stockholm

Vor kurzem fasste ein amerikanischer Journalist nach einem Besuch in Schweden seine Eindrücke über die schwedische Aussenpolitik etwa in diesem Satz zusammen: "Die Schweden scheinen sich nicht dessen zu schämen, dass sie sich an dem Kampf für die demokratischen Grundsätze nicht aktiv beteiligten; obwohl am Ausgang dieses Kampfes auch das Schicksal Schwedens abhing".

Auf diesen Angriff antwortete nun die Gewerkschaftszeitung "Aftontidningen" in Stockholm, ein führendes Regierungsorgan, mit folgenden Worten:

"Die Amerikaner waren im letzten Kriege in derselben Lage wie wir, bis sie angegriffen wurden, und sie handelten so wie wir. Sie liessen Hitler Beschlag legen auf Österreich, die Tschechoslowakei, Polen, Dänemark, Norwegen, Holland und Belgien, ohne einen Finger zu rühren. Stalins Überfall auf Finnland war ihnen ebensowenig ein Anlass, etwas zu opfern wie der ungleiche Kampf Griechenlands und Jugoslawiens. Als England als letzter Mann auf der Schanze seinen heldenmütigen Kampf gegen die Übermacht einsam kämpfte, störte dies nicht die Ruhe auf der anderen Seite des Ozeans. Erst als die Japaner Pearl Harbor gebombt hatten, griff Amerika zu den Waffen, um sich selbst zu verteidigen. Schweden hätte dasselbe getan, wenn es angefallen worden wäre. - Wir kritisieren natürlich nicht Amerika, und es ist uns ferne, dessen Einsatz zu verringern oder zu leugnen, dass unsere eigene Rettung von diesem Einsatz abhing. Wir verkennen auch nicht den Einsatz, den Amerika heute für den Bestand der westeuropäischen Demokratie und Kultur tut. Aber wir schämen uns nicht unserer Haltung während des Krieges".

Das Symptom Loritz

M.R.München, 9.8.1949

Es ist beinahe unglaublich, wie es Loritz immer wieder gelingt, in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu kommen. Sicherlich war sein neuester Streich, der zu einer Krise zwischen der Militärregierung in Bayern und der bayerischen Staatsregierung und dem Landtag führte, nicht sein letzter.

Loritz wird heute noch vielerorts belächelt. Mit Recht, wenn man seine politischen Qualitäten und seine Absichten zugrundelegt. Erblickt man in Loritz aber ein massenpsychologisches Problem, dann muss man zu der Feststellung kommen, dass dieser Psychopath für Deutschland eine ernste Gefahr darstellt, denn leider ist gerade der Deutsche Mensch Wunderdoktoren aller Schattierungen, auch denen der politischen Couleur, nur allzu leicht zugänglich.

Es ist interessant, was seinerzeit ein Münchner Landgerichtsrat als Sachverständiger über Loritz geäußert hat. Sein Gutachten lautete

dahin, dass bei Loritz zwar eine Geisteskrankheit im strengen Sinne nicht vorliege, dass er aber zu den sensitiven, empfindlichen und äusserst misstrauischen Psychopathen mit einem übertriebenen Ehrgefühl gehöre, wozu noch die typischen Merkmale eines Querulanten und auch eine hysterische Reaktionsbereitschaft kämen. Man kann dieses Gutachten juristisch nur dahin auslegen, dass Loritz nach Paragraph 51, Abs. 2 des Strafgesetzbuches nicht voll zurechnungsfähig ist.

In der letzten Zeit ist über Loritz aber noch mehr bekannt geworden. Er war bei seiner ersten Verhaftung im Jahre 1947 im Besitz eines ordnungsgemässen französischen Passes mit seinem Lichtbild, der am 28.2.1940 von der Polizeipräfektur Paris auf den Namen Harnist Lucien mit Visa für die Einreise nach der Schweiz, nach Italien und Jugoslawien versehen war. Loritz behauptet, dass es sich dabei um ein gefälschtes Papier handle, das er zu seiner Tarnung während der Nazizeit im Besitz gehabt habe. Loritz hat bereits im Jahre 1939 München verlassen und ist kurz vor Kriegsausbruch in Paris eingetroffen. Er ist dort nicht, wie alle anderen deutschen Emigranten, interniert worden, sondern man hat ihm schon damals diesen Pass ausgestellt. Es steht fest, dass Loritz schon seit langem Beziehungen zu einer ausländischen Macht unterhält.

Mit welchen Reisen Loritz sowohl während der Nazizeit, als auch nach dem Zusammenbruch Beziehungen unterhalten hat oder noch unterhält, ist nicht bekannt. Einer seiner ehemaligen Parteifreunde, Julius Hölle-  
rer, behauptet, "dass man jetzt endlich wisse, woher Loritz das Geld habe. Es komme nämlich von Russland über Frankreich". Ebenso interessant ist auch, dass Loritz bei seiner zweiten Festnahme am 11. November 1948 neben 120 Schweizer Franken auch 300 Dollar in Noten zu je 100 Dollar bei sich trug. Diese Noten hatte er in seinen Schuhen versteckt. Da zwei der Dollarnoten von den insgesamt drei, aufeinanderfolgende Nummern trugen, wurden die Dollarscheine am 26. November auf Anforderung vom Public Safety Office, Mr. Pralle, im Münchener Polizeipräsidium zur Prüfung auf ihre Echtheit abgegeben und der Staatsanwaltschaft mit der mündlichen Mitteilung wieder zurückgegeben, dass es sich um echte Scheine handle. Die Militärregierung, in deren Zuständigkeit allein ein solches Devisenvergehen fällt, hat bisher noch kein Verfahren gegen Loritz anhängig gemacht.

So liegt über Loritz immer jenes geheimnisvolle Zwielficht, das er geschickt propagandistisch ausnutzt. Viel gefährlicher als diese dubiosen Vorgänge sind freilich die Methoden, mit denen Loritz Anhänger gewinnt und die aufs Haar denen gleichen, mit denen Hitler 1927/28 durch Deutschland zog.

## Der Weg ins Nichts

-----  
KP bei Krupp ausgeschaltet

(sp) Als 1945/46 bei den Krupp-Werken, Essen, ein provisorischer Gesamtbetriebsrat gebildet wurde, gelang es der KP, von den neun Betriebsräten sechs Sitze zu erobern, während die Richtung der ehemaligen christlichen Gewerkschaft zwei Sitze erhielt, die Sozialdemokraten nur einen.

1947: Die erste ordnungsgemäss durchgeführte Wahl der Betriebsräte veränderte schon das Bild erheblich. Noch konnten die Kommunisten mit neun von den 20 Betriebsräten die Spitze halten, dicht gefolgt von sieben Sozialdemokraten und vier CDU-Vertreter.

1948: wurden die Kommunisten fast ausgeschaltet. Es wurden gewählt: 10 Sozialdemokraten, 9 CDU-Vertreter und 1 Kommunist.

1949: Das jetzt bekanntgewordene Resultat der diesjährigen Betriebsrätewahl ergab: 14 Sozialdemokraten, 11 CDU-Vertreter, ein der FDP nahestehender Vertreter.

Die Kommunisten wurden völlig ausgeschaltet. (m/BL/98/1/ha)

-----

## Jeder "Volkspolizist" ein Spitzel

Die "Volkspolizei" der Sowjetzone - mit bitterer Ironie kann man sie ein Instrument zur Sicherung von Ruhe (species: Friedhofsruhe) und Ordnung (species: Unterordnung) nennen - arbeitet immer sichtbarer mit terroristischen Bespitzelungsmethoden und immer klarer auf das eine Ziel ausgerichtet: Sicherung des kommunistischen Gewaltregimes.

Ein neuer eindeutiger Beweis hierfür ist eine Anordnung, die vor kurzem von der Zentrale der "Volkspolizei", der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI), an alle "Volkspolizisten" erging. Jeder Polizist erhält hier in 15 Punkten die klare Anweisung, Spitzel- und Denunziantendienste zu leisten. Einige Punkte betreffen die allgemein üblichen polizeilichen Meldungen über gebührenpflichtige Verwarnungen, Strafanzeigen, und dergl. Die Mehrzahl der Punkte sind Anweisungen, die Bevölkerung in politischer Hinsicht zu überwachen und "Verstösse" zu melden. Von diesen Punkten sind folgende besonders hervorzuheben:

Gründliche Überwachung von Versammlungen jeder Art - Überwachung der gehaltenen Referate von Vertretern aller Parteien - Überwachung von Diskussionen aller Art - Meldungen über ausgestreute Gerüchte - Wer gibt sie weiter? - Meldung von Personen, die sich in abfälliger Weise über die SED, die Wirtschaftskommission oder die Besatzungsmacht äussern - Meldung der Bauern, die mit dem Aufbauplan nicht einverstanden sind, die gegen ihn verstossen oder das Soll nicht erfüllen.

Die Polizisten haben über diese Punkte wöchentlich Bericht zu erstatten. Diejenigen, die in politischer Hinsicht nichts oder nur wenig melden können, gelten als "unzuverlässig". (m/B39/33/1/ha)

-----

Appell an Dr. Schumacher

---

(sp) In einem Brief wandte sich dieser Tage der Betriebsrat der Dortmunder Paraffinwerke, früher Doesch-Benzin, an Dr. Schumacher u.a. mit den Worten:

"Zunächst danken wir Ihnen im Namen der Belegschaft für Ihr energisches Eintreten betr. Verhinderung der Demontagen."

Der Betriebsrat bat den Vorsitzenden der SPD, sich dafür einzusetzen, wenigstens die Betriebe, die gar nichts mit der eigentlichen Synthese zu tun haben, aus der Demontage freizubekommen. Die Arbeiter der Paraffinwerke erinnerten vor allem an die Gaserzeugung, welche für die Ferngasversorgung eingeschaltet werden könnte.

Der Brief schloss mit folgenden Worten:

"Wir bitten Sie, als den Führer der grössten deutschen Partei Ihre Stimme auch weiterhin wie bisher zu erheben und den Demontagestop zu erbitten bzw. zu fordern. Die Welt wird unsere Rufe vernehmen, wenn es noch eine Gerechtigkeit gibt. In diesem Sinne hoffen wir, dass doch noch eine sinnvolle Regelung der Demontagefragen möglich ist und danken Ihnen im Namen der Belegschaft für Ihre bisherigen Bemühungen."

Dr. Schumacher hat inzwischen weitere Unterlagen über die Angaben des Betriebsrats der Dortmunder Paraffinwerke beschafft. Sie sollen mit in der sozialdemokratischen Denkschrift verarbeitet werden, die als Antwort auf den Brief der Labour Party zusammengestellt wird, um als Unterlage für Verhandlungen zu dienen. (m/31/98/1/he)

---

Kriegsgefangene in Jugoslawien

---

(sp) Aus Jugoslawien kehrte in der vergangenen Woche, wie die Kriegsgefangenenhilfe der SPD mitteilt, nach langer Zeit wieder einmal ein geschlossener Transport von deutschen Kriegsgefangenen nach Deutschland zurück. Vom Lager Ulm, in dem sie zwei Tage blieben, wurden sie in die einzelnen Zonen weitergeleitet. In die britische Zone kehrten 208 Kriegsgefangene zurück. Von den in der Ostzone beheimateten Kriegsgefangenen zogen es viele vor, im westlichen Deutschland zu bleiben.

Bei den Heimkehrern handelt es sich um jene Männer, die 1947 ins freie Arbeitsverhältnis hinüberwechselten und darum zumeist in ihrem Beruf tätig waren, oft in leitender Stelle. Die Zahl der im freien Arbeitsverhältnis stehenden ehemaligen Kriegsgefangenen schätzen die Heimkehrer auf 15.000. Ihre Verträge laufen alle in der nächsten Zeit ab.

Auch Offiziere waren unter den Heimkehrenden, die lange Zeit in dem Schweigelager Vrsac waren und denen man trotz eifriger Bemühungen nichts Belastendes nachweisen konnte. Noch Tausende von Offizieren und Soldaten befinden sich in diesen und ähnlichen Lagern und warten auf ihre Verurteilung. Hunderte wurden bereits als "Kriegsverbrecher" abgeurteilt und füllen die Gefängnisse des Landes oder wurden nach dem befristeten Lager Bor gebracht. (m/31/78/1/he)

---